

Marschflugkörper auf Russland abgefeuert, Haftbefehl gegen Netanjahu & Trumps Sieg

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Wer unseren Kanal regelmäßig besucht, weiß aus unseren Inhalten, dass YouTube zu Google gehört. Google hat eine lange Geschichte des Shadow Bannings und der Zensur von Inhalten. Sollte unser YouTube-Kanal jemals einem Shadow Ban oder einer Zensur unterliegen, können wir Sie selbst mit einer Ankündigung nicht mehr erreichen. Deshalb bitten wir alle unsere Zuschauer vorsichtshalber, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean beizutreten. Die Links zu all diesen Plattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Es dauert nur ein paar Minuten und kostet Sie nichts, also registrieren Sie sich noch heute. Mein heutiger Gesprächspartner ist der Autor und Historiker Vijay Prashad. Vijay hat mehr als 30 Bücher geschrieben, darunter *The Withdrawal: Iraq, Libya, Afghanistan and the Fragility of US Power*. Vijay, willkommen zurück in der Sendung.

Vijay Prashad (VP): Vielen Dank.

ZR: Ich möchte das Interview mit den US-Wahlen und dem Erdrutschsieg von Donald Trump über die Demokraten und Kamala Harris beginnen. Nach den Bekanntmachungen von Joe Bidens gesundheitlichen Problemen Anfang des Jahres waren viele optimistisch, als Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin auftrat. Sie war nicht nur jünger als Donald Trump, sondern Umfragen vor der Wahl zeigten, dass sie mit ihm gleichauf und in einigen Fällen sogar leicht in Führung lag. Die US-Medienkonzerne präsentierten sie als Hoffnungsträgerin für Frauen und Minderheiten in den USA. Dennoch wird Donald Trumps Sieg mit 312 Wahlmännerstimmen und 77 Millionen Stimmen gegen Harris' 226 Wahlmännerstimmen und 74 Millionen Stimmen von einigen als Erdrutschsieg, wenn nicht sogar als historisch angesehen, da Trump 2020 aus dem Amt gewählt wurde, nur um trotz einer Fülle von rechtlichen Problemen, die von der Fälschung von Geschäftsunterlagen bis hin zu Wahlmanipulationen reichten, als gewählter Präsident zurückzukehren. Trump gewann

die Präsidentschaftswahl, indem er Kamala in allen sieben Swing States Arizona, Michigan, Pennsylvania, Georgia, North Carolina, Wisconsin und Nevada besiegte. Laut AP News konnte Trump im Vergleich zur Wahl 2020 bei Schwarzen und Hispanoamerikanern sowie bei Frauen deutlich hinzugewinnen. So wählte beispielsweise etwa die Hälfte der lateinamerikanischen Bevölkerung und etwa drei von zehn Afroamerikanern unter 45 Jahren Trump, was in etwa einer Verdoppelung der Zahl von 2020 entspricht. Sagt dieses Wahlergebnis Ihrer Meinung nach mehr über Trumps Sieg aus oder sagt es mehr über das Versäumnis der Demokraten aus, einen geeigneten Kandidaten gegen Trump zu finden? Oder glauben Sie, dass es eine Kombination aus beidem ist? Wie lautet Ihre Einschätzung?

VP: Die Wahl wurde mit Spannung erwartet, was einen interessanten Moment darstellte. Die Umfragen zeigten ein sehr knappes Ergebnis, in den meisten Bundesstaaten war es sehr knapp. Es gab außergewöhnliche Enthüllungen über Herrn Trump und dergleichen. In gewisser Weise handelte es sich um einen großen Zirkus. Tatsächlich dürfte die eigentliche Wahl jedoch banaler gewesen sein, als man sich vorstellt. Direkt nach der Wahl haben die Mitarbeiter unseres Instituts bei Tricontinental drei verschiedene Datenpunkte in ein Diagramm eingetragen. Was sie sich ansahen, war die Inflationslinie. Stellen Sie sich also vor, die Inflationslinie befindet sich irgendwo in der Mitte dieses Bildschirms. Die Reallöhne lagen fast während der gesamten Biden-Präsidentschaft unter der Inflation, und der S&P 500, der Aktienindikator, lag durchgehend über der Inflationslinie. Als Kamala Harris also zu den Menschen ging und sagte: „Schaut, der Wirtschaft geht es gut“, hatte sie Recht. Es ging ihr gut. Jedoch nur für die Menschen, die hauptsächlich Einkommen und Ähnliches im S&P-Bereich erzielten. Menschen, die auf ihre Löhne angewiesen waren, ging es nicht gut. Und ich denke, das ist ein echter Indikator für den Ausgang der Wahl; die Menschen haben ihre Stimme abgegeben, weil ihre Lebenssituation ziemlich miserabel war. Es ist übrigens auch unzutreffend zu sagen, dass die Menschen reaktionär gewählt hätten, dass sie für Trump gestimmt haben, weil sie Sachverhalte nicht verstehen usw. Das ist nicht wahr. In zehn Bundesstaaten gab es eine Wahlinitiative zum Recht der Frauen, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, also zu Abtreibung und so weiter. In zehn dieser Bundesstaaten hat Donald Trump die Wahl gewonnen. In zehn Bundesstaaten gab es also eine Wahl, eine Abstimmung über Abtreibung. Trump hat alle zehn dieser Bundesstaaten gewonnen. Aber in acht dieser Bundesstaaten hat sich die Abstimmung über das Recht der Frauen auf ihre Gesundheit durchgesetzt. Das bedeutet, dass Menschen sowohl für das Recht auf Abtreibung als auch für Donald Trump gestimmt haben. Mit anderen Worten, es gibt natürlich Menschen der extremen Rechten, Menschen mit rassistischen Einstellungen und so weiter, die für Trump gestimmt haben, aber auch viele Menschen aus der Arbeiterklasse, die der Meinung waren, dass ihre Löhne nicht angemessen sind. Und tatsächlich zeigt sich, wie bereits erwähnt, dass diese nicht ausreichend sind. Dies ist ein Problem in der gesamten westlichen Welt. Ob in Westeuropa oder den Vereinigten Staaten, die Inflation bei Lebensmitteln und Treibstoff schadet der breiten Bevölkerung erheblich. In Deutschland zum Beispiel geriet die Regierung von Herrn Olaf Scholz in Schwierigkeiten. Ich glaube nicht, dass es an X- oder Y-Problem liegt, das ist eher nebensächlich. Er geriet in Schwierigkeiten, weil die Inflation nicht unter Kontrolle zu bringen ist und die Löhne der Menschen nicht sehr gut sind. Und als Folge der

Treibstoffinflation werden Fabriken geschlossen. Volkswagen hat wieder Betriebe eingestellt. Das ist der Grund, warum sich die Menschen von Personen wie Scholz, Macron und in der Tat auch von Joe Biden und seiner Kandidatin Kamala Harris abwenden, die sich nicht von Biden distanziert hat. Anders ausgedrückt: Sie hat sich nicht von den Biden-nomics distanziert. Sie hielt daran fest und behauptete, dass es der Wirtschaft gut gehe. Dies wurde von den Menschen nicht auf die leichte Schulter genommen, da ihre eigenen Erfahrungen dem widersprachen. Herr Trump hingegen verbreitete die Ansicht, dass es den Menschen schlechter gehe als zu seiner Zeit als Präsident. Nun geht es nicht darum, ob dies genau zutrifft. Der Punkt ist, dass er, wenn er sagt, dass es den Menschen schlechter geht als zu seiner Zeit als Präsident, in gewisser Weise zum Ausdruck bringt, dass es ihnen derzeit nicht gut geht. Und das hat ihm die Sympathie der Menschen eingebracht. Sie sagten, nun, vielleicht bringen wir Trump zurück und er wird die Zölle erhöhen und dergleichen. Er sagte immer wieder, Zölle seien ein wunderbares Wort. Vielleicht ist das die Lösung. Ich verstehe diese Wahl also als eine echte Wirtschaftswahl und nicht als eine Wahl zu kulturellen Themen.

ZR: Donald Trump hat sich in der Vergangenheit wiederholt gegen US-Interventionen und Kriege ausgesprochen und präsentiert sich als Antikriegs- und Anti-Interventionist. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine erklärte er beispielsweise, dass er den Krieg zwischen Russland und der Ukraine innerhalb eines Tages beenden könnte, sollte er als Präsident wiedergewählt werden. Obwohl er keine traditionellen neokonservativen Persönlichkeiten wie Mike Pompeo, Nikki Haley und John Bolton nominiert hat, sind einige seiner Kandidaten dennoch zwiespältig. Ich möchte nur einige davon nennen: Marco Rubio wurde als Außenminister nominiert und ist für seine kriegshetzereische und interventionistische Haltung bekannt, sei es in Bezug auf Lateinamerika, die Ukraine oder den Iran. Er unterstützt die Besetzung und Apartheid in Israel. Elise Stefanik wurde als UN-Botschafterin nominiert und ist für ihre pro-ukrainische und pro-israelische Haltung bekannt. Mike Waltz als nationaler Sicherheitsberater, ebenfalls pro-israelisch eingestellt und ursprünglich mehr Unterstützung der USA in Bezug auf die Ukraine fordernd, aber kürzlich erklärte er, dass eine Neubewertung erforderlich sei. Pete Hegseth als Verteidigungsminister, der einer Unterstützung der Ukraine skeptisch gegenübersteht, sich aber voll und ganz für eine uneingeschränkte Unterstützung Israels einsetzt. Dann haben wir Tulsi Gabbard, die Direktorin des Nationalen Geheimdienstes, die den Angriff Israels auf Gaza unterstützte, aber andererseits die US-Intervention in der Ukraine, in Syrien und im Iran sehr kritisch sieht. Alle diese Kandidaten müssen noch vom Senat bestätigt werden. Einerseits wird von Trumps Verrat an seiner Anti-Kriegs-Basis gesprochen, andererseits hat Trump in seiner ersten Amtszeit, obwohl es im Vergleich zu diesen Nominierungen mehr kriegstreiberische und neokonservative Persönlichkeiten gab, einen Krieg vermieden. Daher wird davon ausgegangen, dass er selbst die US-Außenpolitik weitgehend bestimmen wird und dass diese Persönlichkeiten sich ihm unterordnen würden. Was halten Sie von diesen Nominierungen und den widersprüchlichen Ansichten zu Trumps Außenpolitik und seiner Antikriegshaltung?

VP: Bleiben wir zunächst bei der Ukraine. In Washington, D.C., wird darüber diskutiert, wie die Vormachtstellung der USA in der Welt aufrechterhalten werden kann. Diese Debatte gibt

es schon seit mehreren Jahrzehnten. Henry Kissinger hat sich vor vielen Jahren in diese Debatte eingebracht, als er ein sehr umfangreiches Buch mit dem Titel *China* schrieb. In diesem Buch argumentierte Herr Kissinger, dass eine der Gefahren der post-sowjetischen Welt in einer Annäherung zwischen China und Russland bestünde, was zu einer Marginalisierung der Vereinigten Staaten und Europa usw. führen würde. Herr Kissinger argumentierte also, dass die US-Regierung ein Bündnis mit den Chinesen eingehen und Russland marginalisieren müsse. Nur so könne die Vormachtstellung der USA aufrechterhalten werden. In gewisser Weise ist Donald Trump das Gegenteil von Kissinger. Er möchte sich mit Russland anfreunden, um China zu marginalisieren und zu isolieren. Das ist sein Ansatz. Zu diesem Zweck ist Herr Trump bestrebt, den Krieg in der Ukraine irgendwie zu verlangsamen oder zu beenden. Und auch was die in dieser Zeit engen Beziehungen zwischen Russland und Venezuela, in gewissem Maße auch zwischen Russland und Kuba, betrifft, wird es schwierig sein, die Regierung in Venezuela und Kuba zu stürzen, wenn man sich mit Russland arrangieren will. Herr Trump wird also in einer Reihe von Widersprüchen gefangen sein. Wenn er diese Russland-Strategie vorantreiben möchte, Nummer eins, Widerspruch. Nehmen wir den Fall der Ukraine, kurz nach der Wahl erlaubten Joe Biden und Keir Starmer den Ukrainern, Mittelstreckenraketen auf Russland abzufeuern, was die Ukrainer dann auch taten. Die Russen reagierten. Die Sorge war, dass Russland mit einem Angriff auf ein NATO-Land reagieren würde, da es sich um NATO-Raketen handelte, die auf russisches Territorium trafen. Stattdessen feuerte Russland jedoch eine Mittelstreckenrakete mit sechs verschiedenen Sprengköpfen in die Ukraine ab, um seine militärische Stärke zu demonstrieren, die es bisher nicht eingesetzt hatte. Dies war eine ziemlich schockierende Machtdemonstration der Russen. Sollte dies die Eskalation und die Provokationen stoppen, könnte dies Herrn Trump im Januar Raum für den Versuch geben, Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zu eröffnen. Sollte Bidens Erlaubnis, russisches Territorium anzugreifen, eskalieren, wird es für Trump schwierig werden, diesen Krieg zu beenden, da es nicht einfach sein wird, die Eskalation wieder rückgängig zu machen. Andererseits wäre Trump angesichts der Beziehungen zwischen Russland und Venezuela nicht in der Lage, die Regierung in Venezuela zu stürzen. Dies bringt Marco Rubio in eine komplizierte Lage, denn was soll er jetzt als Außenminister unternehmen? Meiner Meinung nach ist das eine Art perfider Streich, den Trump Teilen des Kongresses spielt. Er bringt Rubio in eine Position, in der er nicht in der Lage sein wird, die Art von Politik zu betreiben, die er normalerweise betreibt, nämlich die Regierung in Kuba und Venezuela zu stürzen. Das würde die Russen empören. Ich glaube also nicht, dass das passieren wird. Außerdem ist Zeit vergangen und Russland und China nähern sich einander an. Weder die Kissinger-Strategie noch Trumps umgekehrte Kissinger-Strategie werden zwangsläufig zum Erfolg führen. Ich glaube einfach nicht, dass sie in der Lage sein werden, Russland und China zu spalten. Allerdings werden sie es mit dieser Strategie versuchen. Mal sehen, was passiert. Aber ja, ich stimme Ihnen zu. Es gibt Widersprüche, aber nicht so schwerwiegende.

ZR: Ich möchte nun auf die möglichen Auswirkungen der Präsidentschaft Trumps auf Europa eingehen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs bereiten sich auf eine Präsidentschaft Trumps vor, der seine „America First“-Agenda ziemlich deutlich gemacht hat, und die, wie Sie bereits erwähnt haben, Zölle auf europäische Industrien, insbesondere

auf die Automobil- und Landwirtschaftssektoren, beinhalten könnte. Die deutsche Automobilindustrie ist derzeit besonders gefährdet, da sie aufgrund bereits steigender Energiepreise, sinkender Nachfrage und der Konkurrenz aus China ohnehin mit einem starken Abschwung konfrontiert ist. Volkswagen beispielsweise hat, wie Sie bereits erwähnten, zum ersten Mal in seiner Geschichte angekündigt, dass es möglicherweise drei seiner Werke schließen muss. In militärischer Hinsicht wird erwartet, dass Trump von den europäischen Ländern, die Teil des NATO-Bündnisses sind, eine Erhöhung der Beiträge fordern wird, was die Wirtschaft weiter belasten und indirekt ihre Fähigkeit beeinträchtigen könnte, Mittel für die soziale Infrastruktur bereitzustellen. Die deutsche Wirtschaft wird voraussichtlich zum Jahresende schrumpfen und sieht sich steigenden Energiepreisen, geringen Investitionen, zu viel Bürokratie und vielen anderen Problemen gegenüber. Andererseits hat Deutschland 100 Milliarden Euro für einen speziellen Währungsfonds zugesagt, der die 2%-Schwelle der NATO erreichen würde. Und laut einem Reuters-Artikel wird die Hälfte dieses Fonds wahrscheinlich an US-Verteidigungsunternehmen gehen, zum Beispiel für den Kauf von F-35-Kampfflugzeugen, schweren Transporthubschraubern und anderer moderner Ausrüstung. In der politischen Diskussion und in den Medien wird dieses Budget nicht einmal erwähnt, wenn es um Kostensenkungen oder Wege zur Wiederbelebung der Wirtschaft geht. Glauben Sie, dass die Entscheidung Deutschlands und Europas, sich den USA in Bezug auf die geopolitische Positionierung anzuschließen, angesichts des politischen Wandels nun letztendlich nach hinten losgeht? Und sind Sie der Meinung, dass Europa, insbesondere Deutschland, einen unabhängigen Kurs einschlagen könnte? Und wenn ja, wie könnte dieser aussehen?

VP: Wenn ich diese Frage beantworten könnte, sollte ich für das Amt des Bundeskanzlers kandidieren. Das ist nämlich genau **die** Frage. Volkswagen hat seine Aktien vorerst für mindestens zwei Jahrzehnte auf dem US-Markt platziert; zunächst mit dem Dieselauto, und dann kam es zu dem sogenannten Dieselgate, bei dem es so aussah, als versuchte Volkswagen, die Aufsichtsbehörden zu betrügen. Dann zweitens die Elektroautos. Das war der springende Punkt: Elektroautos von Volkswagen sollten einen großen Vorstoß auf den US-Markt machen. Als dann der Ukraine-Krieg ausbrach und die Kosten für die Werke unrentabel schienen, wurden drei Werke geschlossen. Volkswagen hatte also immer noch die Hoffnung, dass der US-Markt sie aus diesem Problem retten könnte. Dann kam Herr Trump und kündigte Exportzölle an. Zölle gegen China, sicherlich, aber auch gegen jeden in bestimmten Sektoren, darunter auch die Automobilindustrie. Zweitens wird Trump wahrscheinlich die Umweltvorschriften abschaffen, was bedeutet, dass es keinen Anreiz mehr für den Kauf eines Elektroautos gibt. Früher erhielt man in den Vereinigten Staaten beim Kauf eines Elektroautos einen Rabatt von der Regierung. Man hatte also einen Vorteil. Wenn man all das streicht, gibt es keinen Anreiz für den Kauf von Elektroautos. Man kauft ein Benzinauto. Die Benzinpreise sind in den Vereinigten Staaten relativ niedrig. Warum sollte man sich die Mühe machen, ein Elektroauto zu kaufen? Dies stellt Volkswagen vor eine weitere große Herausforderung. Wer wird ihre Autos kaufen? Es war eine sehr schlechte Entscheidung der deutschen Regierung, sich auf den US-Markt einzulassen, denn der US-Markt ist extrem, extrem launisch. Das ist der Grund, warum die Chinesen die Belt-and-Road-Initiative entwickelt haben, um sich aus der Abhängigkeit vom US-Markt zu

lösen. Denn sie haben schon vor einem Jahrzehnt verstanden, dass die USA jederzeit protektionistisch werden können und ihr Markt es nicht wert ist, Risiken einzugehen. Hinzu kommt, dass die Löhne stagnieren und die US-Verbraucher auf Kredite angewiesen sind, was irgendwann nicht mehr tragbar sein wird. Und so suchen die Chinesen anderswo nach Kunden. Das Problem für Volkswagen ist, dass die Autos zu teuer sind. Diese Autos können nicht an anderen Orten verkauft werden. Die Chinesen sind clever, sie haben Konsumgüter hergestellt, die man in anderen Ländern verkaufen kann. Die meisten deutschen High-Tech-Produkte sind für die Märkte zu teuer. Sie sind für den europäischen und US-amerikanischen Markt konzipiert. Was wird also aus Volkswagen? Früher hätte man die Autos vielleicht nach Russland verkaufen können, weil der russische Markt auch attraktiv ist. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Das wird einfach nicht mehr passieren. Hier besteht also ein wirtschaftliches Problem für Deutschland. Die zweite Frage ist, ob es dafür eine Lösung gibt. Eine sofortige Lösung gibt es meiner Meinung nach nicht. Zunächst einmal muss das gesamte NATO-Projekt überdacht werden. Länder wie Deutschland sind in ihren NATO-Ambitionen gefangen. Wissen Sie, was die NATO für Deutschland ausmacht? Was ist ihr Nutzen? Was ist der Nutzen eines Militärbündnisses, wenn man jetzt einen größeren Teil seines BIP für die Verteidigung ausgeben muss? Ich meine, was haben Sie davon? Deutschland hat jetzt eine Militärbasis in Lettland. Es ist nicht einmal eine NATO-Basis, es ist eine Militärbasis. Das deutsche Militär wird an den Grenzen Russlands stationiert sein. Ist das eine gute Idee? Ich glaube nicht. Kann man diese Dinge rückgängig machen? Kann Deutschland mit China und Russland an den Verhandlungstisch treten und sich für eine Neubewertung seiner Position aussprechen? Ich denke, das wird sich seltsam gestalten. Es wird von den nächsten Bundestagswahlen abhängen, meine ich. Mit einer anderen Regierungsform ließe sich vielleicht einiges überdenken ... Aber es geht hier um grundlegende Überlegungen. In Italien hatte die rechte, rechtsextreme, Koalition unter Führung von Ministerpräsidentin Meloni versprochen, die Debatte über die NATO, den Ukraine-Krieg, den Handel mit China usw. zu eröffnen. Als sie an die Macht kam, gab es keine offene Debatte. Nun steht sie wieder bei null. Ich fürchte, die europäischen Staaten stecken ein wenig in der Klemme. Es gibt nur sehr wenig Spielraum. Und das ist wirklich eine Entscheidung, die diese Regierungen getroffen haben.

ZR: Kommen wir nun zu den neuesten Entwicklungen im Krieg in der Ukraine. Ich möchte zunächst einige der neuesten Entwicklungen der letzten Monate zusammenfassen, darunter auch solche, die Sie gerade erwähnt haben. Im August unternahm die Ukraine einen Vorstoß in die russische Oblast Kursk und machte laut deutschen Medien beträchtliche Fortschritte, indem sie etwa 1250 km² Territorium mit 90 Ortschaften eroberte. Als Reaktion mobilisierte Russland eine große Streitmacht um Kursk, um die Region zurückzuerobern. Laut der New York Times könnte diese bis zu 50.000 Soldaten umfassen, darunter 11.000 nordkoreanische Soldaten. Dies geschieht, während Russland im Osten der Ukraine weiterhin Fortschritte macht und Woche für Woche mehr strategisches Gebiet erobert, wohingegen die Ukraine mit einem massiven Mangel an Arbeitskräften, Munition, Waffen und vielem mehr zu kämpfen hat. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, hat Kiew im Oktober angekündigt, weitere 160.000 Soldaten aus der Zivilbevölkerung einzuberufen und sie einem Schnellausbildungsprogramm zu unterziehen, um diese umgehend an die Front zu schicken

und Moskaus Vormarsch aufzuhalten. Für einen Moment schien es, als würde der Krieg mit Trumps Wahlsieg und einem Telefonat zwischen dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Putin, dem ersten seit zwei Jahren, in eine Phase der Diplomatie eintreten. Doch die Situation eskalierte recht schnell. In einer Wende der Ereignisse erteilte Präsident Biden der Ukraine schließlich die Erlaubnis, das Army Tactical Missile System, auch bekannt als ATACMS, einzusetzen, und begründete dies mit dem Einmarsch nordkoreanischer Truppen. ATACMS ist ein in den USA hergestelltes taktisches Überschall-Raketenabwehrsystem mit einer Reichweite von 300 km. Kurz darauf setzte die Ukraine diese Marschflugkörper zum Angriff auf ein Waffenarsenal in Russland ein. Am nächsten Tag feuerte die Ukraine die britischen Marschflugkörper Storm Shadow erneut auf russisches Gebiet ab. Nun ist in Deutschland eine Debatte über die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine entbrannt, die im Gegensatz zu den Angriffsflugkörpern ATACMS und Storm Shadow eine viel größere Reichweite von 500 Kilometern haben und sogar Moskau treffen könnten. Bisher hat sich der deutsche Bundeskanzler eher zurückhaltend geäußert. Die Grünen und die Christdemokraten haben jedoch bereits ihre Unterstützung bekundet und sogar erklärt, dass sie, sollten sie im nächsten Jahr an die Macht kommen, die Ukraine sofort mit diesen Raketen beliefern würden. Als Reaktion darauf hat Russland seine Nukleardoktrin aktualisiert, die nun besagt, dass ein Angriff eines nichtnuklearen Staates, der von einer Atommacht unterstützt wird, als gemeinsamer Angriff auf Russland gewertet wird und somit den Einsatz von Atomwaffen erlauben könnte. Warum eskaliert der Westen Ihrer Meinung nach gerade jetzt den Konflikt noch weiter? Und glauben Sie, dass diese Langstrecken-Marschflugkörper das Blatt zugunsten der Ukraine wenden oder sie zumindest in eine bessere Verhandlungsposition bringen werden, falls Trump sich für Diplomatie entscheidet?

VP: Diese Eskalation ist meiner Meinung nach darauf zurückzuführen, dass Trump die Wahl gewonnen hat. Trump gewinnt die Wahl und verspricht Frieden. Und diese Mächte, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Großbritannien, wollen Herrn Trump in eine Position bringen, in der er den Westen nicht aus diesem Krieg in der Ukraine herausholen kann. Es geht um Prestige. Und sie sind bereit, im Grunde genommen mit einem Atomkrieg zu drohen, um ihren Willen, ihr Prestige, durchzusetzen. Trump möchte die Situation in der Ukraine beruhigen. Das ist eindeutig. Ich denke nicht, dass wir das betonen müssen, da er dies wiederholt zum Ausdruck gebracht hat. Und sie versuchen, ihm eine Falle zu stellen. Das geschieht gerade. So sieht es aus. Die Frage ist nun, ob diese Eskalation außer Kontrolle gerät und Trump daher nicht handlungsfähig sein wird, wenn er in etwa acht Wochen Präsident wird?! Zunächst einmal denke ich, dass die Russen sehr umsichtig sein werden. Dass sie ihre Mittelstreckenrakete auf ukrainischem Boden und nicht etwa auf Territorium eines NATO-Landes abgefeuert haben, deutet darauf hin, dass sie zeigen wollen: Ihr habt uns getroffen, wir werden euch sehr hart treffen. Wir haben diese Waffen bisher nicht eingesetzt, aber jetzt werden wir sie zum Einsatz bringen. Stellen Sie sich vor, diese Rakete wäre in Kiew eingeschlagen, das wäre das absolute Chaos. Die Russen haben also eine Botschaft an Herrn Selenskyj geschickt. Wie wird Selenskyj reagieren? Das werden wir sehen. Aber ich denke, die Russen sind nicht an einer Beschleunigung interessiert, da Russland erreicht hat, was es wollte. Russland ist jetzt zu Verhandlungen in der Lage. Bei jeder Verhandlung hat

man eine Position. Und ich halte es für wirklich albern anzunehmen, dass die Gebietsgewinne, die es jetzt gibt, genau das sind, womit die Menschen letztendlich rechnen können. Ich glaube nicht, dass es so sein wird. Die Russen werden meiner Meinung zu Verhandlungen bereit sein. Zumindest in einigen Gebieten, wobei die Krim ganz klar nicht an die Ukraine zurückgehen wird. Die Ukraine hat seit 2014 keine Kontrolle mehr über die Krim. Es ist sehr unwahrscheinlich, sie jetzt zurückzubekommen. Das ist keine Frage von 2022, die Krim ist seit 2014 in russischer Hand. Ich denke, das Problem wird die Donbass-Region sein. Das Problem wird Mariupol sein. Das Problem werden die kleinen Gebiete im Norden sein. Darüber werden sie verhandeln müssen. Genau das wird passieren. Die deutsche Regierung wird nicht mehr im Amt sein. Warten wir die Bundestagswahl ab. Wir wissen es nicht. Wir wissen nicht, wen das deutsche Volk wählen wird. Werden wir wieder zur Tagesordnung übergehen? Die SPD wird abgewählt und die Christdemokraten kommen an die Macht. Wird es so sein? Oder wird es anders kommen? Ich weiß es nicht. Ich war überrascht, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht in verschiedenen Teilen des Landes 15/12 % der Stimmen erhalten hat. Stellen Sie sich vor, sie würden bei einer Bundestagswahl auf 20 % kommen. Was, wenn sie 20 % bekommen? Werden sie dann in Berlin zu einer Art Königinmacher? Ich weiß es nicht. Aber es ist möglich. Schauen Sie, was in Frankreich passiert ist. In Frankreich gab es eine Parlamentswahl und der linke Block hat gesiegt. Er war der größte Block. Nun ist es eine andere Sache, dass Emmanuel Macron beschlossen hat, die Absicht der Wähler zu missachten und Michel Barnier zum Präsidenten zu ernennen. Das ist völlig undemokratisch. Aber es ist das, was das französische System zulässt. Eine Art Bonaparte System, ein System, in dem die Exekutive wirklich tun kann, was sie will. Nun, in Deutschland gibt es ein ähnliches Problem. Eine Partei könnte den größten Block gewinnen, aber die anderen könnten sich zusammenschließen und eine Regierung bilden. Das ist möglich. Wir wissen es nicht. Aber wir wissen, dass es für Deutschland keinen Ausweg aus der Inflation gibt, wenn dieser Krieg weitergeht. Die einzige Möglichkeit für die deutsche Regierung, die Inflation und einen starken Rückgang der öffentlichen Dienstleistungen, der Zölle usw. zu kontrollieren, besteht in der Beendigung dieses Krieges. Wenn es also in Deutschland Druck gibt – und das ist meiner Meinung nach wichtig – dann ist Keir Starmer in Großbritannien kein demokratisch gewählter Regierungschef. Er handelt, wonach es ihm beliebt. Während wir hier sprechen, hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und Yoav Gallant erlassen. Alle diese europäischen Staats- und Regierungschefs sind in diese Haftbefehle verwickelt, weil sie im Grunde alle den Krieg und den Völkermord gebilligt haben, den Herr Netanjahu und Herr Gallant in Gang gesetzt haben. Olaf Scholz ist also indirekt darin verwickelt. Keir Starmer auch. Es spielt keine Rolle, was die Bevölkerung denkt. Das ist der Skandal der heutigen europäischen Demokratie. Frankreich, keine Demokratie, weil Macron Barnier zum Premierminister gewählt hat. Deutschland, eine unpopuläre Regierung. Niemand will diese Regierung. Die Grünen können sagen, was sie wollen, aber sie werden bei der nächsten Wahl vernichtet werden. Und in Großbritannien hat die Labour Party zwar viele Stimmen gewonnen, aber ihr Stimmenanteil hat sich nicht erhöht. Dieser Sieg war nur möglich, weil die Rechte so unbeliebt ist. Wo also ist die Demokratie in Europa heute? Die Welt schaut zu und sagt: Ihr handelt nicht demokratisch. Ihr handelt, wie es euch passt.

ZR: Ich möchte nun auf den Nahen Osten zu sprechen kommen und mich auf Gaza, den Libanon und den Iran konzentrieren. Zunächst fasse ich für unsere Zuschauer die aktuellen Entwicklungen zusammen. Der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel im Südlibanon ist in vollem Gange und wird von tödlichen Zusammenstößen und Raketenbeschuss bestimmt. Die Zahl der zivilen Todesopfer im Libanon ist laut dem libanesischen Gesundheitsministerium auf 3500 gestiegen. In Gaza liegt die Zahl der Todesopfer bei über 44.400, wobei täglich Dutzende, manchmal Hunderte Zivilisten von Israel im Namen des Kampfes gegen die Hamas getötet werden. Letzte Woche veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht, in dem Israel für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gemacht wird. Die Organisation fügte hinzu, dass die Regierungen weltweit gezielte Sanktionen verhängen und sogar Waffenverkäufe an Israel stoppen sollten. In derselben Woche beschuldigte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman, der sich bislang in Bezug auf die israelische Besatzung und Apartheid traditionell zurückhaltend geäußert und sogar vor dem 7. Oktober 2023 eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel angestrebt hatte, Israel des kollektiven Völkermords in Gaza. Und erst heute hat der Internationale Strafgerichtshof, wie Sie bereits erwähnt haben, Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den Militärbefehlshaber der Hamas, Mohammed Deif, erlassen. In Bezug auf die Haftbefehle gegen Netanjahu und Gallant erklärte der IStGH, dass sie für das Kriegsverbrechen verantwortlich sind, Hunger als Methode der Kriegsführung einzusetzen, und dass sie sich durch Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Israel hat diese Haftbefehle verurteilt und sie als antisemitisch bezeichnet. Die USA haben sie in einer kürzlich veröffentlichten Erklärung abgelehnt, in der es heißt: „Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die Eile, mit der der Staatsanwalt Haftbefehle beantragt hat, und über die beunruhigenden Verfahrensfehler, die zu dieser Entscheidung geführt haben“, Zitat Ende. Lassen Sie uns zunächst über die Haftbefehle des IStGH sprechen. Als der IStGH Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufgrund des Verbrechens der rechtswidrigen Deportation und Überstellung von Kindern während des russischen Krieges in der Ukraine erließ, begrüßten die USA diese und stellten weder das Verfahren noch Fehler oder die rasche Bearbeitung während des Verfahrens in Frage. Aber jetzt, da der IStGH Haftbefehle gegen einen mit den USA verbündeten Staatschef, nämlich Benjamin Netanjahu, erlassen hat, lehnen die USA diesen auf derselben Grundlage ab. Können Sie etwas zu dieser Doppelmoral sagen und was dies über die Herangehensweise des Westens an die internationale Justiz aussagt?

VP: Zunächst einmal ist es lächerlich. Es hat Monate gedauert, bis der IStGH tätig wurde. Zu ihrer Verteidigung muss man sagen, dass sie sich mit Zuständigkeitsklagen aus Israel befassen mussten. Sie werden feststellen, dass der IStGH in seiner Erklärung, bevor er über den Haftbefehl spricht, feststellt, dass er die Zuständigkeitsklagen des Staates Israel ablehnt, da es sich hierbei um ein echtes Hindernis handelte. Und dann erließ er diese wichtigen Haftbefehle. Das Problem ist, dass der Westen noch nie mit einer internationalen Gerichtsbarkeit glücklich war, die seine Agenda beeinträchtigt hat, noch nie. Jede Art von Entscheidung, wenn es sich um das Tribunal der Welthandelsorganisation handelt, wird sofort

abgelehnt, sofern sie gegen einen westlichen Verbündeten oder ein westliches Land gerichtet ist. Es ist keine Überraschung, dass sie diese Entscheidung verspotten und ihr die Gültigkeit absprechen. Wie bereits erwähnt, liegt ein Grund in der Verstrickung der Beteiligten. Die Vereinigten Staaten haben Waffen an Israel geliefert, um diese Politik des Aushungerns zu betreiben. Die Vereinigten Staaten haben Logistik bereitgestellt, um diese Politik des Aushungerns zu betreiben. Das ist der entscheidende Punkt, den der IStGH angesprochen hat. Deutschland übrigens auch. Deutschland liefert 20 % der Waffen an Israel, importierte Waffen an Israel. Sie sind involviert. Natürlich werden sie leugnen, dass diese Haftbefehle legitim sind. Das werden sie mit Sicherheit sagen. Aber der Rest der Welt wird es begrüßen. Und ich persönlich würde, wenn ich Benjamin Netanjahu jemals zu Gesicht bekäme, ihn festnehmen und ihn als Mensch im Namen des IStGH verhaften. Das Interessante ist, dass der IStGH sagt, dass es sich um Haftbefehle handelt und dass diese Haftbefehle vollstreckt werden können. Ich kann das tun. Sie können das tun. Ein Land kann das tun. Jeder kann das. Herr Netanjahu könnte in Israel von einem Israeli verhaftet und dem IStGH übergeben werden. Natürlich ist das logistisch undurchführbar. Ich werde Herrn Netanjahu nie persönlich verhaften können. Aber es ist eine Ansage. Viele Länder werden ihm die Einreise nicht gestatten. Die Niederlande haben bereits angekündigt, dass sie auf diesen Haftbefehl hin handeln und ihn verhaften werden, falls er einreist. Die Stadt Dearborn in Michigan gab bekannt, dass sie Herrn Netanjahu an den IStGH ausliefern würde, falls er dort eintreffen sollte. Nun gibt es natürlich wieder logistische Herausforderungen. Man kann ihn nicht aus Dearborn ausfliegen. Man muss zu einem Flughafen außerhalb von Dearborn fahren, und die US-Regierung würde ihn freilassen. Aber dadurch wird die Legitimität von Herrn Netanjahu, Yoav Gallant und diesem Krieg weiter untergraben. Und es ist interessant, es ist sehr wichtig, Folgendes zu verstehen: Dies ist nicht nur ein Haftbefehl gegen Herrn Netanjahu. Es ist auch ein Haftbefehl gegen Gallant, der behauptet, sein politischer Gegner im Land zu sein, sodass Herr Gallant bei den nächsten Wahlen nicht wieder antreten und eine Koalition gegen Netanjahu anführen darf, weil auch gegen ihn ein Haftbefehl des IStGH vorliegt. Gegen beide politischen Kräfte in Israel, Likud und Arbeitspartei, was auch immer sie jetzt sind, die Konservativen und die Nicht-Konservativen oder die weniger Konservativen, gegen beide Fraktionsführer liegen Haftbefehle des IStGH vor. Das ist interessant. Es sagt viel über das heutige Israel aus. Freedom House in Washington, D.C., bewertet Israel in seinem Demokratieindex als freies Land. Wirklich? Es ist ein freies Land, das von einem Kriegsverbrecher geführt wird. Wird das die Einstufung Israels durch Freedom House ändern? Ich bin mir nicht sicher.

ZR: Zu meiner letzten Frage: Wir wissen, dass Donald Trump während seines Wahlkampfes 100 Millionen Dollar von Miriam Adelson erhalten hat, mit dem Versprechen, dass er nach seiner Machtübernahme das gesamte Westjordanland annektieren wird. Außerdem haben alle Personen, die er für sein Kabinett nominiert hat, eines gemeinsam: Sie unterstützen Israel offen, auch den Angriff auf Gaza. Gibt es Hoffnung und eine Chance auf einen palästinensischen Staat oder zumindest auf ein Ende des Krieges in Gaza unter Trumps Präsidentschaft?

VP: Es wird interessant. Und ich möchte dem nicht vorgreifen, aber ich bin gespannt, wie Herr Trump auf diesen IStGH-Haftbefehl reagiert. Haaretz hat direkt nach der Veröffentlichung des Haftbefehls einen Artikel veröffentlicht, in dem von dem Haftbefehl die Rede ist und er auf Trump als Retter setzt. Ich weiß nicht genau, was Herr Trump tun kann, um Netanjahu vor einem Haftbefehl nach dem Weltrechtsprinzip zu retten. Schließlich besteht bei jeder Reise in ein anderes Land die Gefahr, dass er verhaftet wird. Die US-Regierung und der US-Kongress können das nicht einfach so abwenden. Natürlich können sie ein gewisses Maß an Immunität gewähren. Sie können sagen: „Sollte Herr Netanjahu nach Deutschland reisen und die deutsche Regierung mit seiner Verhaftung drohen, werden die Vereinigten Staaten Deutschland sanktionieren.“ Sie können Formen der Immunität gewähren. Ja, das ist mir klar. Aber sie können nicht erreichen, dass der Haftbefehl zurückgezogen wird. Das wäre komplizierter. Es kommt also wirklich auf die Vorgehensweise von Trump an. Sie brauchen Donald Trump nicht, um die Westbank annektieren zu lassen, die Israelis tun das bereits. Sie brauchen Donald Trump nicht, um bei der ethnischen Säuberung des Gazastreifens zu helfen, die Israelis tun das bereits. Man braucht Donald Trump nicht, damit die Israelis den Palästinensern innerhalb Israels den Status von Bürgern zweiter Klasse verleihen, das haben sie bereits getan. Es handelt sich um ein Apartheidsystem. Ich verstehe also nicht, was Herr Trump tun könnte, das über den Rahmen dessen hinausgeht, was die Israelis bereits für sich selbst leisten. Ich denke, die Behauptungen über Miriam Adelsons Spenden an Trump sind etwas zu hoch gegriffen. Ich wüsste nicht, was die Vereinigten Staaten noch tun könnten. Sie haben die Bomben geliefert. Sie haben diplomatische Unterstützung geleistet. Sie haben den Völkermord verbal unterstützt. Ich wüsste nicht, was Herr Trump noch tun könnte, es sei denn, er schickt US-Kampfflugzeuge, um palästinensische Städte im Westjordanland zu bombardieren. Das ginge noch weiter... Aber wozu? Die Israelis könnten selbst dafür sorgen. Sie brauchen Herrn Trump nicht. Sie haben noch nicht begonnen, diese Städte anhaltend aus der Luft zu bombardieren. Es gab Beispiele, aber keine anhaltende Bombardierung. Sie brauchen Donald Trump nicht. Ehrlich gesagt, kann ich mir nicht vorstellen, was Donald Trump zusätzlich für sie tun könnte. Er mag für Herrn Netanjahu angenehmer sein. Das ist ein anderes Thema. Aber mit dem Haftbefehl des IStGH wird es meiner Meinung nach selbst für Donald Trump kompliziert. Mal sehen, wie seine Reaktion darauf ausfällt.

ZR: Vijay Prashad, Autor und Historiker, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

VP: Es war mir ein Vergnügen. Es war schön, bei Ihnen zu sein.

ZR: Und vielen Dank für Ihr Interesse. Wenn Sie unsere Videos regelmäßig ansehen, denken Sie bitte daran, dass die Fortsetzung unseres unabhängigen Journalismus nur von Ihnen abhängt. Das liegt daran, dass wir in unserer Organisation Grundsätze verankert haben, die uns davon abhalten, Geld von Konzernen oder Regierungen anzunehmen. Wir erlauben nicht einmal Werbung, alles mit dem Ziel, Ihnen Informationen zu bieten, die frei von äußerer Einflussnahme sind. Wenn Sie also möchten, dass wir unseren unabhängigen Journalismus fortsetzen, unterstützen Sie uns bitte mit einer kleinen Spende über Patreon, Paypal, Betterplace oder direkt auf unser Bankkonto. Die Informationen zu all diesen

Spendenplattformen finden Sie in der Beschreibung dieses Videos. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und für Ihr Interesse. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org